

Volkstimme

Einzelpreis 3000 M

Tageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Dir. - Verantwortlich für Inhalt: Wilhelm Einde, Magdeburg. - Druck und Verlag von W. P. Jann. & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. - Fernsprechnr. 111: Für Inserate Nr. 1567, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 961. Postzeitungsstelle 2. Nachtrag, Seite 110.

Verlagspreis: Monatlich 7000 M. Beim Abholen vom Verlag und den Ausgabestellen monatlich 6750 M. Anzeigengebühr: Die 10gespaltene 27 Millimeter breite Doppelseite 3600 M., auswärts 4500 M., im Klammertell die dreigespaltene 90 Millimeter breite Zeile 18000 M., auswärts 22500 M. Verlagskalendarer Seite 4000 M. Anzeigenabgabe abet verloren, wenn nicht binnen 10 Tagen Zahlung erfolgt. Postkontto: Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 176.

Magdeburg, Mittwoch den 1. August 1923.

34. Jahrgang.

Die Sozialdemokratie greift ein.

Ihr Programm.

Die Vorstände der Sozialdemokratischen Partei und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion haben am Montag beschlossen, die Reichstagsfraktion zu Donnerstag den 2. August zusammenzubekommen. Angesichts der akuten wirtschaftlichen Not haben sie sich besonders mit den finanziellen Vorschlägen der Reichsregierung beschäftigt, die unten mitgeteilt werden. Sie wurden nicht für ausreichend erachtet, da in der jetzigen Situation nur äußerste Anstrengungen und drastische Maßnahmen helfen. Es wurde ein Programm beschlossen, das der Reichsregierung am Dienstag unterbreitet werden soll.

In dem Programm wird einleitend betont, daß radikale Anstrengungen der Finanzpolitik zur Verhinderung weiterer Inflation und Deckung der Staatslasten durch Steuern und Anleihen notwendig sind. Die Maßnahmen müßten sofort wirksam werden, weshalb die Anknüpfung an bestehende Steuern unumgänglich sei. Es wird gefordert:

1. Verdreifachte Erhebung der nach dem Brotverordnungsgezet balancierten Zwangsanleihe.
2. Verdreifachte Erhebung der balancierten Vorauszahlungen der Körperschafts- und Einkommensteuer.
3. Verdreifachte Erhebung der am 31. Juli fälligen Vorauszahlungen auf die Umsatzsteuer unter Freilassung der Umsatzsteuerbeträge von 300 000 Mark und der Genossenschaften und des Einzelhandels.
4. Während der Dauer der Ruhraktion Erhebung einer Steuer von allen Unternehmungen in Industrie, Handel und Banken in der Höhe der auf die Betriebe entfallenden Lohnsteuer. Abgabe eines Doppelzentners Roggen pro Hektar land- und forstwirtschaftlich benutzten Bodens unter Freilassung der Kleinbetriebe.

Zur Ergänzung werden Maßnahmen gefordert, durch die die Steuern, insbesondere die Lohnsteuer und die indirekten Steuern unmittelbar nach dem Entstehen der Steuerpflicht eingehen. Ferner restlose Tragung jeglicher Geldentwertung bei verzögerter Steuerzahlung, mindestens Strafzuschläge von 200 v. H. pro Monat.

Außer diesen finanzpolitischen Forderungen werden folgende Forderungen erhoben:

Wiederherstellung des Kredits und des für die Zentralbank notwendigen nationalen und internationalen Vertrauens. Kreditgewährung der Reichsbank nur auf Goldbasis gegen Goldzins. Einführung von Goldkonten und Annahme von Devisenposten.

Organische Stützungsaktion der Mark. Aufbringung eines Devisenfonds aus den Devisenmitteln der Wirtschaft gegen Dollarschuldverschreibung. Nötigenfalls Deklarationszwang mit eidestattlicher Versicherung über die Höhe des Devisenbestandes und der im Ausland befindlichen Vermögenswerte und Beteiligungen an ausländischen Unternehmungen.

Sofortige Durchführung der Heranziehung der Wirtschaft auf dem Wege der Belastung durch Goldhypothek respektive durch unmittelbare Anteilnahme des Reiches an den industriellen Unternehmungen, also die Erfassung der Sachwerte.

Forderungen der Gewerkschaften.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat der Reichsregierung eine Anzahl Anregungen zur Währungs- und Finanzpolitik sowie zur Sozialpolitik überreicht, aus denen folgendes hervorgehoben sei:

Reichsbank und Reichsregierung geben nur mehr wertbeständige Kredite. Reichsbank und Außenhandelsstellen arbeiten in der Erfassung und Ablieferung der aus der Ausfuhr erzielten Devisen besser zusammen. Die Außenhandelsstellen haben künftig monatlich durch Stichproben festzustellen, ob den Abnehmerverpflichtungen Genüge geschieht, da bei dem jetzigen System sich sehr viele Firmen der pflichtmäßigen Ablieferung entziehen.

Für die Dauer der Ruhrbesetzung wird der unermessliche Kehlbetrag durch eine wertbeständige Anleihe gedeckt. Diese Anleihe ist durch wertbeständige Steuern zu sichern und von den Kreditinstituten als Sicherheit für die Einrichtung wertbeständiger Sparkonten zu verwenden, damit sowohl dem Einzelhandel wie dem kleinen Sparter Schutz gegen die Geldentwertung geboten wird.

Zur staatlichen Finanzpolitik wird in erster Linie Vereinfachung der Verwaltung in stärkerem Tempo als bisher, besonders durch Zusammenlegung von Ministerien und Reform der Finanzverwaltung gefordert. Für die Dauer des Ruhrkampfes soll die Zwangsanleihe als vorläufige Vermögenssteuer unter Anpassung an die Geldentwertung fortlaufend monatlich erhoben werden. Sämtliche Voraus-

zahlungen auf die Einkommensteuer sind in stärkerem Maße der Geldentwertung anzupassen. Gleichzeitig sollen für die Dauer des Abwehrkampfes große monatliche Zuschläge dazu erhoben werden.

Handels- und Industrie-Unternehmungen werden sofort verpflichtet, Goldbilanzen aufzustellen, damit ihr wirkliches Einkommen steuerlich erfaßt und die Steuerflucht und Hinterziehung auf Grund der im Geldentwertungsgezet vorgesehenen Bewertungsgrundätze abgeklärt wird.

Umsatz-, Luxus- und Kohlensteuer sollen in vierzehntägigen Fristen bezahlt werden. Die Erbschaftsteuer soll auf Grund der Abschätzung der Nachlässe auf wertbeständiger Grundlage veranlagt und bezahlt werden. Die Veranlagung und Bezahlung der Vermögenssteuer hat gleichfalls auf wertbeständiger Grundlage zu erfolgen. Für die gewerblichen Unternehmungen ist die Veranlagung auf Grund der Goldbilanzen vorzunehmen, für die Landwirtschaft auf Grund der Mehrertragserschätzung unter Anpassung an die jeweils geltenden Preise für landwirtschaftliche Produkte. Auch die Verbrauchssteuern sollen schleunigst aufgewertet und wertbeständig gemacht werden, wie überhaupt fast sämtliche Steuerzahlungen und Steuerfragen, jeder Verzug nach der Geldentwertung aufzuwerten ist. Für die auf dem Weltmarkt konkurrenzfähige Industrie muß eine Heraushebung der Ausfuhrabgabe erfolgen.

Zur Erleichterung der außenpolitischen Verhandlungen ist entsprechend dem Angebot der deutschen Regierung an die Entente mit größter Beschleunigung ein Gesetzentwurf vorzulegen über die staatliche Goldhypothek auf den gesamten Besitz mit einem Gesamtbetrag von jährlich 500 Millionen Goldmark. Die Erträge sind ausschließlich für die Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag zu verwenden.

Die Vertreter der Spitzenorganisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten überreichten Montag nachmittag dem Reichskanzler ihr Programm, das sich im wesentlichen mit den obigen Forderungen der Gewerkschaftsbundes deckt, aber darüber hinausgehend die sofortige Erhebung einer Goldmarksteuer auf alle landwirtschaftlichen, kommerziellen und industriellen Betriebe sowie eine wertbeständige Vermögenssteuer verlangt und diese Steuern zur Fundierung der Goldanleihe benutzen will.

Die Besprechung, an der außer dem Reichskanzler die Minister Becker und Luther, die Staatssekretäre Japp, Geib und Hamm sowie Reichsbankpräsident Hagenstein teilnahmen, dauerte von 6 bis 1/2 10 Uhr abends. Einleitend wies Reichskanzler Cuno auf die bisherigen Maßnahmen der Reichsregierung, insbesondere auf das Gezet über die Anpassung der Steuern an die Geldentwertung sowie die Dollaranleihe hin. Ihm antworteten Leipardt und Knoll von den freien, Waltrusch von den christlichen Gewerkschaften, Schneider vom Gewerkschaftsring. Die Gewerkschaftsvertreter wiesen auf den Mißerfolg der bisherigen Regierungsmassnahmen hin, bezogen auch die neuerlichen Erklärungen des Reichskabinetts als unbefriedigend und verlangten insbesondere die Einführung der Festmarkrechnung für die gesamte Wirtschaft. Reichsbankpräsident Hagenstein verteidigte die Diszontpolitik der Reichsbank, der volksparteiliche Wirtschaftsminister Becker verteidigte seine Devisenpolitik, während Staatssekretär Japp die einzelnen Steuergezetwürfe erläuterte, die von den Gewerkschaftsvertretern kritisiert wurden. Reichskanzler Cuno versprach eine weitere Prüfung der Gewerkschaftsforderungen und stellte anheim, weitere Vorschläge der Reichskanzlei einzureichen.

Die Debatte ergab daher trotz der verschiedensten Anfragen durch die Vertreter der Gewerkschaften wenig positive Aussichten für künftige rasche und umfassende Maßnahmen der Reichsregierung. Auch die eingehenden Erläuterungen des Reichsbankpräsidenten über seine Währungspolitik wirkten nicht überzeugend. So mußte die wichtige Besprechung der Gewerkschaften mit dem Reichskanzler enden wie befürchtet worden war: reichlich unbefriedigend.

Die nächste Sitzung des Reichstags findet am Mittwoch den 8. August, um 2 Uhr nachmittags, statt.

Steuergezetwürfe der Augst.

Das Reichskabinet hat eine Reihe von Steuergezetwürfen angenommen, die dazu bestimmt sind, dem Reiche, dessen Ausgaben durch die fortschreitende Geldentwertung immer bedrohlicher anwachsen, in kürzester Frist neue erhebliche Einnahmen zu verschaffen.

An erster Stelle steht das Rhein-Ruhrpfer, das in zwei Teile zerfällt. Der erste Teil sieht für die leistungsfähigen Einkommensträger, d. h. für diejenigen Einkommensteuerpflichtigen, die den erhöhten Vorauszahlungen unterliegen (Handel, Industrie, Landwirtschaft und Gewerbe), eine Abgabe vor, die aufgebaut ist auf den erhöhten Vorauszahlungen zur Einkommen-

steuer für das dritte und vierte Kalenderbierteljahr 1923 und für das erste Kalenderbierteljahr 1924.

Die Abgabe soll in drei Raten gezahlt und mit den gesamten Vorauszahlungen verbunden werden. Die erste Rate soll also noch im August fällig sein. Zwecks beschleunigter Einzahlung der zweiten und dritten Rate soll der Vorauszahlungstermin für das vierte Kalenderbierteljahr 1923 vom 15. November 1923 auf den 5. Oktober 1923 und für das erste Kalenderbierteljahr 1924 vom 15. Februar 1924 auf den 5. Januar 1924 vorgelegt werden.

Jede der drei Raten soll das Doppelte der eigentlichen Vorauszahlungen betragen. Die erste Rate, die im August fällig wird, wird also das Fünffache der nach dem Einkommen von 1922 berechneten Vorauszahlung ausmachen. Die weiteren beiden Raten im Oktober 1923 und Januar 1924 werden erheblich höher sein, weil infolge der inzwischen fortgeschrittenen Geldentwertung mit einer starken Erhöhung der Multiplikatoren für die Vorauszahlungen zu rechnen ist.

Die Erwerbgesellschäften sollen ein Vielfaches ihrer Körperschaftsteuer für das vergangene Geschäftsjahr entrichten. Die Zahlungstermine sollen die gleichen wie bei den physischen Personen sein. Bei den Gesellschaften, deren Geschäftsjahr mit dem Kalenderjahr übereinstimmt, soll die erste Rate, die im August zu zahlen ist, die Hälfte der Körperschaftsteuer für das Geschäftsjahr 1923, multipliziert mit 35, betragen.

Darüber hinaus sollen diejenigen Einkommensträger, die nicht den erhöhten Vorauszahlungen unterliegen, aber im Jahre 1922 ein Einkommen von mehr als 1 Million Mark bezogen haben, mithin auch als leistungsfähig angesehen werden können, im August das Fünffache ihrer Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer für das jeweilige maßgebende Kalenderbierteljahr zahlen.

Weiter sollen nach dem Entwurf zum Rhein-Ruhrpfer auch die Personenteile beitragen, die sich den besondern Aufwand eines Kraftwagens, sei es für ihre persönlichen Zwecke, sei es für die Förderung ihres gewerblichen Betriebes, gestatten können. Das Opfer beträgt das Fünffache der Kraftfahrzeugsteuer nach dem Stande vom 1. September 1923. Bei Kraftfahrzeugen, die der Lastenbeförderung dienen und daher wesentlich in gewerbliche Zwecke eingeordnet sind, soll ein Opfer in Höhe vom Fünffachen der Steuer gefordert werden.

Das Rhein-Ruhrpfer soll von den Steuerpflichtigen, die in den besetzten Gebieten wohnen oder ihren Ort der Leitung haben, sowie von den Steuerpflichtigen, die aus Anlaß der Besetzung ihren Wohnsitz oder Ort der Leitung unfreiwillig verloren haben, nicht erhoben werden.

Zu dieser Belastung des Besitzes tritt ein Entwurf über Abänderung einzelner Verbrauchssteuergesetze. Die Biersteuer soll, wie es bereits durch das Biersteuergesetz von 1918 vorgesehen war, auf etwa 20 Prozent der Brauereipreise oder 8 bis 12 Prozent der Kleinverkaufspreise gebracht werden, nachdem die vom Reichstag im Juli beschlossene Erhöhung der Biersteuer als ausreichend nicht angesehen werden kann.

Das Mineralwassersteuergesetz soll aufgehoben werden, nachdem der Reichstag die Erhöhung der Steuer abgelehnt hat. Die beträchtlichen Getränke, die bisher der Mineralwassersteuer unterlagen, werden in die Biersteuer eingegliedert. Der Entwurf will ferner bei der Bier-, Zucker-, Salz-, Zündwaren-, Leuchtmittel-, Spielkarten- und Kohlensteuer durch Verkürzung der Fälligkeitstisten den möglichst raschen Eingang dieser Steuern bewirken. Des weitern soll der Zahlungsaufschub bei Branntweinausschlag und Essigsäuresteuer beseitigt werden.

Endlich handelt es sich um ein Steuerzinsgesetz, durch welches der Reichsminister der Finanzen die Ermächtigung erhalten soll, für Verzugszinsen und Zinsen, die bei Steuerfundungen gewährt werden, einen wesentlich höheren Zins als bisher festzusetzen.

Die Entwürfe sind dem Reichsrat zugegangen.

Die alliierten Antworten an England

Der belgische Gesandte in Paris hat am Montag den Text der belgischen Antwort überreicht. Die Antwort ist auf Grund eines ganz andern Planes ausgearbeitet als die Frankreichs. Die Verhandlungen zwischen Paris und Brüssel dauern infolgedessen noch an. Wenn nichts Unerwartetes eintritt, so werden im Laufe des Dienstag die beiden Antwortnoten in London überreicht werden.

Was den Inhalt der belgischen Antwortnote anbelangt, so ist der Korrespondent des „Lentps“ in Brüssel in der Lage, auf Grund der Anzeichen der letzten Tage mitzuteilen, daß die belgische Regierung vor allen Dingen Wert darauf gelegt habe, daß Maßnahmen ergriffen werden, die den deutschen Finanzen wiederherzustellen. Die interalliierten Schulden müßten liquidiert werden im Anschluß an eine Herabsetzung der deutschen Schuld. Die alliierten Regierungen müßten erklären, welche Minimalsumme sie von Deutschland fordern wollen, wobei den zerstörten Gebieten eine Priorität zugestanden werden müßte. Die zohlenmäßige Festsetzung der Abmachungen von Spa zugunsten der zerstörten Gebiete müßten revidiert werden.

Es müßten ferner die Garantien festgelegt werden, auf Grund deren man sich ständige Einnahmen sichern könnte, ohne daß das Gleichgewicht des künftigen Budgets des Deutschen Reiches gefährdet würde. Die Sicherstellungs-

Was ist Wahrheit?

Die russische Regierung bemüht sich mit allen Kräften, die Getreideausfuhr zu steigern, obwohl es in diesem Lande noch genug Hungernde gibt. Nun behauptet das Blatt der Wiener Kommunisten, daß alle, die in Rußland waren, wissen, daß es in Rußland nicht an Getreide, sondern an Geld mangelt, und daß man den Hungernden nur mit Geld helfen kann, für das man dann Getreide und andre Gegenstände, die sie brauchen, kaufen kann.

Hungernde brauchen, so sollte man meinen, vor allem Brot, also Getreide, und es ist schwer, den Vorteil einzusehen, russisches Getreide erst ins Ausland zu verkaufen und dann im Ausland Getreide für Rußland zu kaufen.

Indes, andre Kommunisten haben über den russischen Getreideexport andre Ansichten. So wird beispielsweise in der auf dem letzten Parteitag der russischen Kommunisten gefaßten Resolution „über die Besteuerung des flachen Landes“ die Getreideausfuhr ins Ausland als „das wichtigste Mittel zur Bekämpfung des unerbittlich sinkenden Einkommens der Brotpreisse“ bezeichnet.

Dieses Mittel ist gewiß gut gewählt. Denn je weniger Getreide im Land ist, desto höher die Getreidepreise, desto größer der Erlös der Bauern aus dem Getreideverkauf.

Wir begreifen, daß mit dem Getreideexport den bedürftigen Bauern geholfen wird. Wie aber damit den Hungernden geholfen wird, wie damit die Hungernden zu Brot kommen sollen, ist uns unerfindlich.

Abbestellte Einheitsfront.

Die tschechischen Lederarbeiter erstreben die Verschmelzung ihrer Organisationen, um schlagfertiger gegen das Unternehmertum zu stehen. In dieser Einigungszeit kam die kommunistische Lederarbeiter-Organisation, die eine Sektion des kommunistischen Gewerkschaftsverbandes bildet, in arge Schwierigkeiten und konnte nicht einmal mehr den Streik der Lederarbeiter in Pilsen finanzieren. Eines Tages erschienen die beiden Sekretäre dieser Organisation im Sekretariat des tschechischen freigewerkschaftlichen Verbandes der Lederarbeiter „Unie“ und schlugen ihm die Verschmelzung beider Organisationen vor. Das Angebot wurde angenommen und es fanden am 10. Juli Verhandlungen zwischen den Vertretern beider Organisationen statt. Diese führten zu einer Vereinbarung über die Verschmelzung. In dem über diese Sitzung ausgefertigten Protokoll erklären die beiden Vertreter der kommunistischen Organisation, daß die Parole der Einheitsfront ihnen keine leere Phrase sei und daß sie deshalb zur Tat übergehen.

Die Vereinbarungen fanden den Beifall beider Teile und die kommunistischen Sekretäre erklärten auf eine Frage, daß sie sich nicht jenen würden, wenn ihre Parteileitung sich gegen die Verschmelzung wenden würde. Sie bekamen daraufhin eine Darlehen von 10.000 Kronen, damit sie die fällige Streikunterstützung auszahlen konnten.

Dann aber begann in der kommunistischen Presse eine wilde Hetze gegen die beiden Sekretäre, die praktische Einheitsfront übten. Die Unterschrift die im Auftrag der kommunistischen Gewerkschaftsorganisation gegeben war, mußte wieder zurückgezogen werden und die Einheitsfront ging dabei zum Teufel.

Ein lehrreiches Beispiel dafür, daß es den kommunistischen Oberführern mit ihrem Geschrei von der Einheitsfront nur darum zu tun ist, Parteigeschäfte zu machen. In Tschechien, in Deutschland und überall in der Welt.

Die Hoch-Radikaleren.

Es ist zur Genüge bekannt, daß die Rechtsbolshewisten überall dort am stärksten sind, wo kommunistische Hochburgen waren oder gewesen sind. Immer mehr zeigt sich aber auch, daß der größte Teil jener Arbeiter, die heute in den kommunistischen Organisationen stehen, ehemalige Gang-Korrektoren sind. Die kommunistische „Erziehungsroutine“ trägt herrliche Früchte! Unde dieser Sorte „revolutionärer“ Arbeiter machen erst noch eine Station „links“ von den Kommunisten, sie probieren es mit der kommunistischen Arbeiterpartei und der Allgemeinen Arbeiter-Union. Ganz wie von den Kommunisten über die Sozialdemokraten, wird dann von dieser Seite über die Kommunisten geschimpft. Zum Beispiel berichtete die „kommunistische Arbeiterzeitung“ aus Weisbaden:

Im Ruhrgebiet hielten die kommunistische Partei und die Allgemeine Arbeiter-Union mehrere öffentliche Versammlungen ab, die gut besucht, teilweise überfüllt waren. In Essen hat die kommunistische Partei es für nötig gehalten, einen Vertreter der Reichszentrale — Moskowsky — zu entsenden, der den Nationalismus der kommunistischen Partei und der dritten Internationale verteidigen sollte. Er kam jedoch gar nicht soweit, seine Weisheiten an den Mann zu bringen. Die Gemeinheitsen der kommunistischen Partei, die bei den letzten Hungerrevolten ihre Hunderttausenden dem Essener Polizeipräsidenten zur Verfügung stellte, um auf alle Fälle die „Ruhe und Ordnung“ aufrechtzuerhalten, waren denn doch noch in zu lebhafter Erinnerung. Die Proleten ließen ihn einfach nicht sprechen.

Auch bei den Erwerbslosen hat die kommunistische Partei völlig abgewirtschaftet. Eine Versammlung des „Kontrollausschusses“ von Essen wurde, nachdem die Versammlungsleitung ausgerufen war, von unsern Schossen zu Ende geführt. In einer Versammlung der Erwerbslosen selbst wurde die gesamte Versammlungsleitung der kommunistischen Partei von den Versammelten aus dem Saale gemieden und die Danksagen hinterher. Die kommunistischen Genossen selbst haben zum großen Teile das Treiben ihres Ringels durchschaut und lassen sich nicht mehr als willige Hunde für die kommunistischen Hunderttausenden gebrauchen.

Man sieht, die Hoch-Radikaleren haben die Tonart weg. Die Hölle und Konfession können aber noch besser und noch dümmere schimpfen. Bei diesen Leuten werden sie das Kennen machen.

Dollar "mittliche Notiz vom Montag 1 097 250 letzter Kurs in Newyork 1 000 000 Mr.

Meldungen von der Ruhr.

Neue Verhaftungen.

Der Herausgeber der „Langenberger Zeitung“ wurde wegen eines Artikels über die Explosion auf der Duisburger Rheinbrücke, in dem festgehalten wurde, daß den deutschen Behörden keine Verantwortung trifft, verhaftet und die Zeitung bis auf weiteres verboten.

Die Zwangsmaßnahmen in Nachen sind durch die Verhaftung von weiteren Regierungsbeamten verschärft worden. Unter den Geiseln, die in den letzten Tagen auf den belgischen Militär- und Regimentsmilitären mußten, befindet sich auch der Führer der kommunistischen Partei in Nachen.

In seiner Wohnung erschossen.

In Gladbeck wurde am 28. Juli abends 11 Uhr ein gewisser Alfons Piekajsch in seiner Wohnung, Rheinbabenstraße 17, von Belgiern erschossen, nachdem er angeblich vorher mit belgischen Soldaten auf der Straße einen Wortwechsel gehabt hatte.

Mutiger Zwischenfall in Dortmund.

In der Nacht zum 29. zum 30. Juli wurde in Dortmund ein französischer Kriminalbeamter in Zivil in einer Wirtshauskellerei belästigt und auf der Straße weiterverfolgt. Er hat, angeblich in Notwehr, geschossen, wobei ein junger Mann durch einen Kugelhieb schwer verletzt wurde und in das städtische Krankenhaus gebracht werden mußte.

Manganerze beschlagnahmt.

Bei der Gelsenkirchener Bergwerks-A.G. erschienen am Montag nachmittag mehrere französische Offiziere und erklärten, daß die Rohstoffe beschlagnahmt seien. Es handelt sich in der Hauptsache um große Bestände an Manganerzen, die für die Hochöfen dieser Gesellschaft bestimmt waren. Mit dem Abtransport der Erze ist bisher noch nicht begonnen worden.

Revidierter Miskriff.

Nach einer Meldung aus Düsseldorf ist Direktor Schreier vom „Bochumer Verein“ von den Besatzungsbehörden vorläufig in Freiheit gesetzt worden. Schreier ist Schweizer Staatsangehöriger.

Notizen.

Die Mörder des Staatsanwalts Haas. Im Zusammenhang mit der Ermordung des Staatsanwalts Haas in Frankfurt a. M. waren im ganzen 25 Personen verhaftet worden, von denen 15 in Haft gehalten wurden. Die übrigen zehn wurden entlassen; es wurde gegen sie jedoch Anklage wegen Landfriedensbruchs erhoben. Als Hauptbeteiligte kommen in Betracht: der Arbeiter Weith, ein geistig minderwertiger Mensch, der in Verbindung mit Haas mit einer Eisenklinge eingeschlagen zu haben, der ehemalige Hilfspolizist Bräuning und der 21jährige Dreher Bender. Nach den bisherigen Ermittlungen hat sich die Mordtat folgendermaßen abgespielt: Als die Menge vor das Haus des Staatsanwalts kam, stand Haas mit einem Revolver in der Hand vor der Gartentür. In diesem Augenblick gab Bräuning zwei Schüsse ab. Haas erklärte der Menge, daß er nicht geschossen habe, und ging in das Haus. Bender packte ihn und schleifte ihn die Treppe hinunter. Von Bender wird ein Betriebsratsmitglied einer Frankfurter Fabrik beschuldigt, ihm nach seiner Tat zur Flucht ins besetzte Gebiet geraten zu haben. Ferner gibt Bender an, daß dieses Betriebsratsmitglied sich selbst an den Ausschreitungen beteiligt habe. Der Mann wurde verhaftet, bestreitet jedoch die Aussagen Benders.

Ziel Gewalt und wenig Wille. Aus Thüringen, wo der kommunistische Antifaschistentag nicht verboten war, wird gemeldet: Angesichts des großen Aufwandes an schriftlicher und mündlicher Agitation, den die kommunistische Partei Deutschlands in der letzten Zeit in ihrer Presse, zahlreichen Plakatierungen und vielen Versammlungen der lokalen Arbeiterorganisationen für die Verteilung am Antifaschistentag gemacht hat, muß die Teilnahme durchweg als gering bezeichnet werden. So nahmen in Gotha nur 6000, Meiningen (unter Einfluß von Zella-Mehlis, Sulz, Schmalkalden und Gildburgshausen) nur etwa 6000, Jena 2500, Sonneberg und Jhmenau je 2000, Gera 1500 und in Saalfeld 1100 Personen teil, darunter an den meisten Orten viele Frauen, Mädchen und Kinder. Die Wäpfer der kommunistischen Partei, die Massen des Proletariats auf die Beine zu bringen, darf damit als gescheitert angesehen werden. Die Polizei hat, da die Demonstrationen an den meisten Orten durch ihren Ordnungsdienst selbst darauf achteten, daß Ausschreitungen nicht vorkommen könnten, keinen Anlaß zum Einschreiten gehabt.

Von Antifaschisten erschlagen. Der Antifaschistenbund ruht ruhig verlaufen. Nur in Moskau, der reichsten Antifaschistenzentrale des Ostens, gab es einen Zusammenstoß. Schon am Vormittag zeigten sich die Anhänger Moskowsky mit ihren Abzeichen auf der Straße, aber auch viele sogenannte Oberländer. Im Laufe des Nachmittags kam es zu einer unblutigen Prügelei, wobei ein Selbstschutzmann heftige Stöße abgab. Seine Kameraden schrien in Rage und nach 6 Uhr abends versuchten sie, in die in der Antifaschistenhaus befindlichen Gewerkschaftsräume einzudringen. Die Kommunisten traten ihnen entgegen und es kam zu einer sehr heftigen Schlägerei mit Schlägen und Stöcken. Durch einen Stöß auf den Kopf wurde ein Kommunist namens Georg Ditt so schwer verletzt, daß er kurz darauf verschied. Zwei weitere Kommunisten sollen schwer verletzt worden sein; ferner gab es eine Anzahl Leichtverletzte.

Der Transportarbeiterstreik in Breslau beigelegt. Der die Lebensmittelversorgung der Stadt Breslau fast beeinträchtigende Transportarbeiterstreik ist durch Vermittlung des Polizeipräsidenten beigelegt worden. Im Metallarbeiterstreik haben neue Einigungsverhandlungen begonnen, die als aussichtsreich bezeichnet werden. Am Dienstag soll eine nochmalige Urabstimmung über die Beilegung des Streiks entschieden.

Ende eines langen Gewerkschaftskampfes. Der vor sieben Monaten ausgebrochene Arbeitskonflikt bei den schwedischen Eisenwerken in Södholm wurde von einer von der Regierung eingesetzten Vergleichskommission geschlichtet.

Gefährter Angriff auf den deutschen Geschäftsträger. Das Brakler Gericht hat den Referententuant Weidenant, der den deutschen Geschäftsträger seinerzeit tödlich angegriffen hatte, zu 4 Monaten Gefängnis mit Strafaufsicht verurteilt.

Harding lebensgefährlich erkrankt. Der Präsident der Vereinigten Staaten, Harding, ist auf der Reise nach dem Gemäß von Krabben an Bromatberggiftung (Vergiftung durch Leichen-Alkaloid) befallen. Eine Beratung fand statt, an der vier hervorragende amerikanische Ärzte teilnahmen. Es wird befürchtet, daß Herzkomplikationen eintreten könnten. Infolgedessen wurde der Beschluß gefaßt, die Reise des Präsidenten abzubrechen.

Der Vertreter Georgiens aus Frankreich ausgewiesen. Wegen der Ausweisung mehrerer Franzosen aus Sowjet-Georgien hat die französische Regierung die Ausweisung des Vertreters der französischen Sowjet-Republik in Paris und Marseille, Kabschar, angeordnet.

Depeschen.

Schwerer Eisenbahnzusammenstoß.

Ab. Magdeburg, 31. Juli. Nach einer Meldung der „Magdeburger Zeitung“ ist der D-Zug 888 a. M. in München in Freisen auf den Vorzug des D-Zuges 888 aufgefahren. Die drei letzten Wagen des Vorzuges wurden vollständig zertrümmert. Die Zahl der bis jetzt geborgenen Toten beträgt 30. Die Zahl der Schwerverletzten soll außerordentlich hoch sein; sie müssen mit Schwereapparaten aus den Trümmern befreit werden.

Von der Ruhr.

Ab. Steele, 31. Juli. Der Bahnhof Steele-Nord ist wieder freigegeben und durch Hilfspolizisten übernommen worden. Auch die Schiffe des Bahnhofs Steele-West wurden von der Besatzungsbehörde ausgehändigt.

Ab. Diersfeld, 31. Juli. Die beim Abholen von Koffern verhafteten Eisenbahnbeamten sind in das Justizhaus Weiden gebracht worden. Am 25. Juli wurden wieder zwei Eisenbahnbedienstete wegen Lohnauftragsverstoß verhaftet und in der Richtung Oberhausen abtransportiert.

Ab. Dahlhausen, 31. Juli. Vom Bahnhof Dahlhausen ist der Rest der französischen Besatzung am 28. Juli zurückgezogen worden. Die Uebergabe des Bahnhofs hat aber noch nicht stattgefunden. In der Richtung Steele-Nord-Altenhof sind die Gleise aufgerissen.

Ab. Bochum, 31. Juli. Eisenbahningenieur Franke von der Bahnhofskasse des Rangierbahnhofs wurde am 25. Juli in Gattungen zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Franke war seit 7 Wochen in Haft. Bei seiner Vernehmung wollte man von ihm wissen, wo die Geldschrankschlüssel und wo die Kasse seien. — Am 27. Juli wurden in Bochum weitere 14 Eisenbahner ausgewiesen.

Ein Opfer der Gedächtnisfeier.

Ab. Hamburg, 31. Juli. Anlässlich des 25. Todes-tages Bismarcks veranstaltete der Deutsche Verband gestern einen feierlichen Gottesdienst in der Gustavkapelle in Friedrichsruh. Die Gemeinde versammelte sich im Pausenraum. Die Predigt hielt Pastor Reuß (Hamburg). Als er nach der Predigt zum Sarkophag schritt, brach er mit einem leisen Schrei zusammen und war nach wenigen Augenblicken verstorben. Die Feier wurde darauf abgebrochen.

(Schluß des reaktionellen Zeils.)

Mitteilungen aus der Buchhandlung Volksstimme.

Verkaufspreis gleich Grundpreis x Schlüsselzahl der Buchhändler z. B. 30 000
Neuerscheinungen:
Reichsbergsbergverlag Juli 1923. Grundpreis 0,75 Mark. — Das neue Gemälde-Buch Grundpreis 1,60 Mark. —
Romane, Novellen und Erzählungen.
E. Engel: Erlebtes und Erträumtes. — D. G. Schrage: Schräge Strahlen. — O. W. Bräunig: Heilige, Helden, Narren und Ruffanten. — M. Geißler: Kaiser der Sonderling. — F. Jungnickel: Das närrische Pöbelbuch. — Franziska Mann: Die Stufe. — D. Friedrich: Der Papagei. — M. Kreyer: Die Locke. — M. Salbe: Der Frühlinggarten. — S. Schatz: Radium. — Jedes Bändchen als Geschenk: sehr geeignet, Grundpreis 2 Mark.
Zur Abholung liegen bereit:
Neue Zeit, Nr. 8. Gemeindepostamt, Nr. 8. Lehrmeister, Nr. 31. —

Meine Geschäftsräume
befinden sich ab 1. August 1923
in meinem Hause
Große Marktsstraße Nr. 19
Carl Baumbach
Schokoladen-Großhandlung
Fernruf 6053 1127
Für die Verbrauchswoche vom 30. Juli bis
1. August kommen folgende Gas- und Strom-
preise in Anschlag:
Gas je Kubikmeter 14 200 Mark
Strom je Kilowattstunde 18 300 Mark
Es ist in der Verbrauchswoche vom 6. bis 12. August
nachstehende Durchschnittepreise zur Erhebung
kommen:
Gas je Kubikmeter 8 400 Mark
Strom je Kilowattstunde 11 800 Mark
Im Anschlag des Alter Nachhanges befindet
sich eine Bekanntmachung über neue Mietzu-
sätze.
Magdeburg, den 31. Juli 1923.
Der Postbeamte.

Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten-
Verammlung zu Burg am 2. August 1923,
nachmittags 4 1/2 Uhr.
Vortragsgegenstände: 1. Rechnungsprüfung.
2. Dachpreisermäßigung. 3. Jugendpflege. 4. Stra-
ßenherstellungskosten. 5. Ueberlastung von Bau-
terrain. 6. Hofstraße. 7. Preiseliche Anfall.
8. Ehrenfeldbüte. 9. Stadtbaurat. 10. Bau-
nungsbaubehörde. 11. Schachthofgebühren.
12. Friedhofgebühren. 13. Schulgebühren.
14. und 15. Landanstalt. 16. Gewerbegebühr.
17. Badepreise. Gebeime Sitzung.
Stollberg. Verleber.

Bekanntmachung.
Mit Genehmigung des Herrn Regierungs-
präsidenten sind mit Wirkung ab 1. August 1923
die in unfrer Verordnung vom 14. Dezember 1922
und den Ergänzungsbestimmungen hierzu fest-
gesetzten Preisansätze wie folgt erhöht:
für Gasdienst auf 88 Prozent
Verwaltungskosten 2500
laufende Instandhaltungskosten
Privatwohnungen 16 000
gewerbliche Räume 20 000
Die Straßenzustandkosten werden auf
200 Mark pro Quadratmeter, die Anlage für
Überreitungen auf 2000 Mark, für Pflasterung
auf 15 000 Mark pro Wohnung und Jahr fest-
gesetzt.
Der § 4 unserer Verordnung vom 14. De-
zember 1922 wird dahin ergänzt, daß der Be-
schlag, den das Kreisverwaltungsamt für die Be-
schlagnahme und Tilgung der großen Instandsetzungs-
arbeiten festzusetzen hat, vom 1. August 1923
ab 10 000 Prozent nicht übersteigen darf.
Magdeburg, den 31. Juli 1923.
Der Postbeamte.

Das Beste
ist gerade gut genug für mich, sagt Frau
Meier und nimmt deshalb für ihre Wäsche
freis nur **Lucowash**. Sie hat damit
die besten Erfahrungen gemacht. Die
Wäsche wird weich und weiß, alle Flecke
verschwinden und das Gewebe wird nicht
angegriffen. 874

Gemeinname Ortstrantentasse für
Handwerk und Gewerbe
zu **Magdeburg-Neustadt**
Lübcker Straße Nr. 30.
Bekanntmachung.
Auf Grund der Verordnung vom 21. 7. 23
sind die Lohnsätze und Grundgebühren ab 30. 7.
und ab 13. 8. 23 erhöht, dementsprechend auch
die Beiträge und Leistungen geändert.
Die Arbeitgeber wollen die beiden neuen
Tabellen in der Geschäftsstelle entnehmen und
die Löhne bis 8. 8. umsetzen, auch weiterhin
bei jeder eintretenden Lohnänderung sofort neue
Rechnungen erstellen.
Magdeburg-N. den 30. Juli 1923.
Der Postbeamte. S. 23. 24112.

Granat-Schmuck
Steine von Rückseite sichtbar
Edelmetalle
Brillanten 1175
kauft, um die Ware zu verwenden.
F. Streubel, Juwelenfasser-
Meister,
Schuhstraße 23, 3 Treppen,
am Königshof
Kleinbäckerei, eigene Schmelze, elektr. Betrieb

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Verwaltung Magdeburg.
Wittmoos den 1. August, gleich nach
Weißschloß
Sitzung der Vertrauensleute
der Metallindustrie
bei Kappel, Witterstraße.
Donnerstag den 2. August, abends 7 Uhr
Sitzung der Bezirksleiter und
sämtl. Beitragskassierer
bei K. J. G. Witterstraße.
Die Besetzung.

Felle! Felle!
kauft zu bekannt 100% höchsten Preisen
Kürschner Perinischitz, Johannis-Krebbel 3a
1586
Netze wird vergütet.

Rotweinflaschen zu Mt. 3500
kauft Adobe, Bismarckstr. 11.

Herrenkrug
Heute Mittwoch ab 4 Uhr
Großes Elite-Konzert!
Sonabend den 4. August
Reunion!
Veranstalter: Zege Lohse.
Letzte Veranstaltung der Saison!

